

5. April 2003, 18:22, Neue Zürcher Zeitung

## **Ist die «Umerziehung» zu weit gegangen?**

### **Amerikas Ideale und das deutsche Selbstverständnis**

**Noch früher als Frankreich hat sich Deutschland bedingungslos von der Teilnahme an einem Militärschlag gegen den Irak losgesagt. Mark Lilla, Professor im Committee on Social Thought an der University of Chicago, sieht in dieser Haltung eine Nachwirkung der amerikanischen Umerziehungsprogramme nach dem Zweiten Weltkrieg.**

Von Mark Lilla

Genau ein Jahr ist es her, dass ich mich mit einem deutschen Professor, der unsere Universität besuchte, zu Tisch setzte; fast unweigerlich langte das Gespräch bald bei den Folgen des 11. September an. Mein Gast war in den Siebzigern, er stammte aus einer bedeutenden Akademikerfamilie, und offensichtlich war ihm daran gelegen, mir das ganze Gewicht seiner eigenen historischen Erfahrung nahezubringen. Von den Terroranschlägen in New York kamen wir auf den Mittleren Osten zu reden, dann auf das Kyoto-Protokoll und den Internationalen Strafgerichtshof - alles Themen, die zu jener Zeit äusserst dringlich schienen. Endlich konnte mein Gesprächspartner die Worte vorbringen, die ihm schon auf der Zunge gelegen hatten, als wir uns hinsetzten: «Sehen Sie denn nicht», fragte er, «dass die deutsche Kritik an der amerikanischen Politik eine amerikanische Kritik ist? Die Amerikaner sind es, die uns alles gelehrt haben, was wir über Demokratie wissen - über die Notwendigkeit, sich dem Rassismus und Nationalismus entgegenzustellen, über die Bedeutung internationaler Organisationen und verbindlicher Rechtsauffassungen, über den Wahnsinn des Militarismus. Das habt ihr in unseren deutschen Schulen nach Kriegsende gelehrt, und ihr hattet Recht. Was wir nun von euch erwarten, ist lediglich, dass ihr euch euren eigenen Idealen gemäss verhaltet.»

Da ich früher einmal in Deutschland gelebt hatte, war mir diese Argumentation durchaus vertraut. Aber dies eine Gespräch beschäftigte mich noch lange. Denn der distinguierte ältere Herr zernte Amerika nicht einfach ins Psychodrama der deutschen Kriegs- und

Nachkriegsgenerationen, wie es jüngere Leute oft tun; er hatte nach dem Krieg die «Umerziehung» durch die Amerikaner selbst erfahren und war nun offensichtlich enttäuscht von einem Land, das er schätzen gelernt hatte. Und als ich kürzlich, eine Woche vor dem Beginn des Krieges gegen den Irak, nach Berlin reiste, erinnerte ich mich erneut an diese Begegnung. Aus den Zeitungen, die ich las, aus den Gesprächen, die ich führte, gewann ich den Eindruck, dass die grosse Mehrheit der Deutschen, ob rechts oder links stehend, ob Studierende oder wirtschaftliche Kaderleute, die Enttäuschung meines deutschen Berufskollegen teilten. Und ich kam zum Schluss, dass sie Recht hatten: Amerika lebt nicht den Idealen gemäss, die wir den Deutschen vermittelt hatten. Und das ist auch gut so.

## **Schaufenster der Demokratie**

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Studien über die Entnazifizierung und Umerziehung in Nachkriegsdeutschland, und bis heute streiten sich die Historiker, ob diese Programme weit genug gegangen seien. Soviel ich weiss, hat noch niemand gewagt, die wesentlich gewichtigere Frage zu stellen, ob jene Bemühungen nicht vielleicht zu weit oder in eine falsche Richtung gegangen seien. Dass die meisten Deutschen eine solche Fragestellung schockierend und moralisch zweifelhaft finden würden, beweist gerade, wie erfolgreich die Umerziehungsprogramme waren. Es ist nachgerade ein Wunder, dass eine Nation, die einst für ihren Nationalismus, Militarismus und Rassismus verpönt war, sich heute in diametral entgegengesetzten Begriffen definiert. Aber Wunder sind auch unbequem. Weil sie die Naturgesetze ausser Kraft setzen, können sie unser Verständnis dieser Gesetze trüben oder uns den Eindruck vermitteln, sie existierten gar nicht. Und ich fürchte, genau dies hat das amerikanische Umerziehungsprogramm bei den Deutschen bewirkt.

Es kann nicht überraschen, dass den Amerikanern daran gelegen war, Deutschland nicht nur vom Geist des Nationalsozialismus zu befreien, sondern es darüber hinaus zu einem eigentlichen Schaufenster demokratischer Werte zu machen - in direkter Nachbarschaft des Ostblocks. Die Amerikaner hielten mit ihren demokratischen Überzeugungen nie hinter dem Berg, und sie sind auch gern bereit, diese Ideale mit dem «American way of life» in eins zu setzen, was dem Rest der Welt öfters sauer aufstösst. Sollten sie aber - untereinander oder gegenüber Aussenstehenden - auch auf die pragmatischeren oder sogar unerfreulichen Dinge zu sprechen kommen, die das Leben in einer freien Gesellschaft erst ermöglichen, dann breitet sich verlegenes Schweigen aus. Dieses Schweigen war besonders vernehmlich während der ideologisch aufgeladenen Dekaden des Kalten Krieges, der Bürgerrechtsbewegung und des Vietnamkrieges; und es hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Art, wie die Amerikaner über ihr

eigenes politisches System denken - oder eben nicht denken.

So wurden beispielsweise in jener Zeit zahllose rechtswissenschaftliche Schriften über den geistigen Hintergrund der «Bill of Rights» verfasst - jener ersten zehn Amendments zur amerikanischen Verfassung, die etwa das Recht auf freie Meinungsäusserung oder faire Behandlung vor Gericht festhalten. Aber erst nach dem Ende des Kalten Krieges, als die neuen Regierungen ehemaliger Ostblockstaaten amerikanische Rechtswissenschaftler als Berater beizogen, sahen sich diese mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Aufmerksamkeit auch auf die institutionellen Strukturen zu richten, mittels deren die amerikanische Regierung solche Rechte erst zu garantieren vermag; und sie wurden gewahr, dass man die Natur und die Prinzipien dieser Strukturen nicht mehr wirklich verstand. Tatsächlich gibt es seit kurzer Zeit eine eigene Studienrichtung namens «constitutionalism», die sich mit der Aufarbeitung und Vermittlung solcher Inhalte befasst.

### **Ideal und Praxis**

Dieses Beispiel ist typisch für die Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und politischer Praxis in Amerika - eine Diskrepanz, die übrigens weniger auf Heuchelei zurückzuführen ist, als gemeinhin angenommen wird. Wie Tocqueville als Erster vermerkt hat, neigen die Amerikaner dazu, ihre Geschichte und ihre Institutionen für selbstverständlich zu nehmen, und wissen gerade deshalb oft nicht, wie diese funktionieren. Was sie hingegen kennen und mit Eifer verkünden, ist die frohe Botschaft der Demokratie - so, wie sie selbst sie verstehen. Wenn man also wissen möchte, wie die amerikanische Demokratie wirklich funktioniert, muss man über die so gern beschworenen Ideale hinausschauen und zu erkennen versuchen, in welchem Verhältnis sie zur geschichtlichen Realität und institutionellen Praxis in Amerika stehen. Und will man erfahren, wie die Demokratie anderswo funktioniert, sollte man wohl keinen Amerikaner fragen - oder zumindest nicht einen, der glaubt, Demokratie sei lediglich eine Sache der richtigen Prinzipien.

Ich habe mich zu einem gewissen Grad mit den amerikanischen Umerziehungsprogrammen in Deutschland befasst, allerdings nicht bis ins Detail - und vielleicht ist dies auch nicht wichtig. Was heute zählt, ist die Art, wie diese Bemühungen das Denken der Deutschen geprägt haben. Aus ihren politischen und insbesondere aussenpolitischen Debatten lässt sich schliessen, dass die kollektive Erinnerung an die Umerziehung insbesondere auf drei Grundideen fokussiert ist: Antirassismus, Antinationalismus und Antimilitarismus. Die Liste mutet etwas merkwürdig an, nicht zuletzt, weil alle Begriffe negativ (Anti-X) definiert sind. Bei näherem Zusehen haben sie auch wenig mit der amerikanischen Mentalität und Geschichte zu tun. Fast ein Jahrhundert lang waren die

USA eine funktionierende Demokratie, welche die Sklaverei billigte; für weitere hundert Jahre verweigerten sie ihren schwarzen Bürgern die grundlegendsten Rechte. Die Amerikaner waren stets frohgemute Nationalisten - nicht im Geist von «Blut und Boden», aber gewiss mit mehr innerem Engagement, als es der reine Verfassungspatriotismus erfordert hätte. Und während die Vereinigten Staaten wohl kaum eine kriegerische Nation sind, ruft uns die gegenwärtige Weltlage ins Gedächtnis, dass sie andererseits auch nie einen Widerspruch zwischen ihrer demokratischen Verfassung und aggressivem militärischem Engagement anderswo in der Welt gesehen haben.

Nichtamerikaner (und auch viele Amerikaner) sehen nichts als Heuchelei, wenn sie Amerikas Ideale mit seiner geschichtlichen Realität vergleichen - und lassen es dabei bewenden. Gewiss, der Vorwurf der Heuchelei lässt sich nicht abweisen; aber er gilt wohl allenthalben, wo Politik im Spiel ist. Im Falle Amerikas allerdings ist die Sachlage insofern komplizierter, als die Vereinigten Staaten oft eines ihrer gern proklamierten demokratischen Prinzipien hintanstellen, wenn es um die Verteidigung eines anderen demokratischen Prinzips geht, das vielleicht weniger lautstark vorgetragen wird, an das man aber nichtsdestoweniger glaubt. Dies ist nirgendwo offensichtlicher als dort, wo es um den Gebrauch militärischer Gewalt geht. Die Amerikaner sind überzeugt, dass Militarismus als Selbstzweck verwerflich ist, und sie sehen es als einen besonderen Vorzug demokratischer Regierungen an, dass diese es nach Möglichkeit vermeiden, untereinander Krieg zu führen. Aber wenn es darum geht, entweder einen Frieden zu wahren, der eine despotische Macht erhält, oder einen Krieg zum Sturz des Tyrannen auszufechten, werden die Amerikaner ohne viel Vorbehalte die letztere Option wählen. - Gewiss, in zahllosen Fällen haben die Vereinigten Staaten Despoten geduldet oder sogar unterstützt - entweder um gegen ein anderes tyrannisches Regime Front zu machen (wie etwa zur Zeit des Kalten Krieges) oder zum Schutz vitaler eigener Interessen. Aber trotz alledem gebietet der politische Instinkt der Amerikaner, den Krieg im Namen der politischen Freiheit zu sanktionieren und den Wert dieser Freiheit auf jeden Fall über den Frieden zu stellen. Das kann zu groben Irrtümern führen, wie im Falle des Vietnamkrieges, aber selbst Amerikas Irrtümer lassen sich nicht verstehen, wenn man diesem Instinkt nicht Rechnung trägt.

### **Der Westen - zwei Welten?**

Den Amerikanern, die für die Entnazifizierung verantwortlich waren, kann es kein besonderes Anliegen gewesen sein, den Deutschen diesen Kampfgeist im Interesse der Freiheit zu vermitteln; im damaligen historischen Kontext hatten Ideale wie Antirassismus, Antinationalismus und Antimilitarismus erste Priorität. Sie liessen sich mit einer freien,

demokratischen Staatsform vereinbaren, auch wenn sie nicht als Grundlagen für einen solchen Staat gelten konnten. Mit dem Fortschreiten des Kalten Krieges wurde es jedoch bald notwendig, die Wachsamkeit der Deutschen gegenüber dem Ostblock zu schärfen; doch wie sich in den sechziger und siebziger Jahren zeigen sollte, war die kritische Einstellung zum Sowjetreich eher Sache der proamerikanischen politischen Elite in Bonn als der breiteren deutschen Bevölkerung. Paradoxe Weise konnte der vielgeschmähte «American way of life» in Nachkriegsdeutschland viel leichter Fuss fassen als das ganze Spektrum der politischen Ideale und Instinkte Amerikas. Amerikanische Musik, amerikanische Mode, amerikanische Kunst, sogar die legeren amerikanischen Umgangsformen sind Teil des modernen deutschen Selbstverständnisses geworden. Der amerikanische Impetus, freie Gesellschaftsformen zu stärken und gelegentlich der Despotie auch mit Gewalt zu begegnen, setzte sich dagegen - wie in Kosovo schlagartig klar wurde - ungleich weniger durch.

In seiner kürzlich erschienenen Studie «Macht und Ohnmacht» konstatiert Robert Kagan, die Vereinigten Staaten und Europa seien inzwischen so weit auseinander gedriftet, dass sie nicht mehr als westlicher Block gelten könnten; das Verständnis von Demokratie und anderen politischen Werten sei hüben und drüben so unterschiedlich, dass wir - so Kagan - nicht mehr in derselben Welt lebten. Leider gibt es zahlreiche Indikatoren, die diese These unterstützen. Der Ursachen für diese Entfremdung sind viele; aber eine davon ist meiner Auffassung nach Amerikas eigene ambivalente Beziehung zu seinen demokratischen Idealen, die in der Nachkriegszeit prägenden Einfluss auf Europa und besonders auf Deutschland ausübten. Kagan mag Recht haben mit seiner Behauptung, dass die Europäer heute mehrheitlich von der Venus kommen, aber es stimmt nicht, dass die Amerikaner vom Mars stammen. Im Gegenteil: Die Sprache der Venusbewohner, die wir heute vernehmen, ist ein amerikanischer Dialekt - ein Dialekt, in dem sich gewisse demokratische Ziele formulieren lassen, aber nicht alle; und in dem es schlechthin unmöglich ist, auch gewisse harte Fakten des Lebens in freien Gesellschaften zu benennen.

So kommt man zum Schluss, dass die amerikanischen Umerziehungsbemühungen in beträchtlichem Mass zu den gegenwärtigen Spannungen beigetragen haben. Niemand wird den Amerikanern vorwerfen, dass sie Deutschland halfen, den Weg aus dem finstersten Zeitalter seiner politischen Geschichte zu finden; aber es wäre an der Zeit, auch zu bedenken, mit welchen Folgekosten man eine ganze Nation davon überzeugt hat, dass die erste Aspiration einer Demokratie die Vermeidung des Krieges sein müsse. Man braucht kein Befürworter des gegenwärtigen Krieges im Irak zu sein (ich selbst bin Kriegsgegner), um die Gefahren einer solchen Einstellung zu erkennen; und wenn sie weiterhin beibehalten wird, mag die Tragödie auf dem Balkan nicht die

schlimmste Erfahrung der jüngeren Geschichte gewesen sein. Irgendwann könnte es sich als nötig erweisen, den Prozess der Umerziehung noch einmal aufzunehmen und die Ideale, welche die Amerikaner 1945 nach Europa brachten, zu ergänzen durch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Wert freier Gesellschaftsformen - und mit der Notwendigkeit, diese manchmal auch mit Waffengewalt zu verteidigen.

---

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2003/04/05/fe/page-article8RKX6.html>**

---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

---